Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7179**

14. Wahlperiode 17. 10. 2001

Antrag

der Abgeordneten Heide Mattischeck, Reinhard Weis (Stendal), Karin Rehbock-Zureich, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hasenfratz, Klaus Barthel (Starnberg), Dr. Axel Berg, Hans-Günter Bruckmann, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Peter Danckert, Petra Ernstberger, Annette Faße, Gabriele Fograscher, Norbert Formanski, Iris Gleicke, Günter Gloser, Frank Hempel, Gustav Herzog, Reinhold Hiller (Lübeck), Frank Hofmann (Volkach), Brunhilde Irber, Gabriele Iwersen, Susanne Kastner, Walter Kolbow, Anette Kramme, Horst Kubatschka, Ernst Küchler, Konrad Kunick, Robert Leidinger, Erika Lotz, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Lothar Mark, Ulrike Mascher, Christoph Moosbauer, Günter Oesinghaus, Dr. Martin Pfaff, Georg Pfannenstein, René Röspel, Marlene Rupprecht, Dr. Hansjörg Schäfer, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Fritz Schösser, Ewald Schurer, Erika Simm, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Margrit Spielmann, Ludwig Stiegler, Rita Streb-Hesse, Reinhold Strobl (Amberg), Jella Teuchner, Uta Titze-Stecher, Wolfgang Weiermann, Dr. Margrit Wetzel, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Heidemarie Wright, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Helmut Wilhelm (Amberg), Ekin Deligöz, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der Instandhaltungswerke der Deutsche Bahn AG

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bahnreform hat für das 1994 neu gegründete Unternehmen Deutsche Bahn AG (DB AG) insgesamt günstige Rahmenbedingungen geschaffen, um am Verkehrsmarkt zu bestehen. Dennoch sind entschiedene Maßnahmen des Bahnvorstandes erforderlich, um das Unternehmen DB AG wirtschaftlich zu sanieren. Nur mit einer wirtschaftlich leistungsfähigen DB AG wird der Verkehrsträger Schiene insgesamt eine Zukunft haben: Deutschland braucht eine moderne und wettbewerbsfähige Bahn, um die verkehrspolitischen Herausforderungen zu meistern.

Falsche Weichenstellungen der früheren Bundesregierung im Bereich der Bahnpolitik – insbesondere jahrelange Kürzungen von Investitionsmitteln für die Schiene – haben den notwendigen Sanierungsprozess erheblich verzögert. Der Deutsche Bundestag begrüßt daher die nunmehr von der Bundesregierung

eingeleitete deutliche Erhöhung der Investitionsmittel zunächst für die Jahre bis 2003.

Der Deutsche Bundestag unterstützt deshalb die für den Sanierungs- und Modernisierungsprozess des Bahnvorstandes notwendigen Maßnahmen. Der Deutsche Bundestag erwartet vom Vorstand der DB AG, dass die im Interesse der Unternehmenskonsolidierung notwendigen Maßnahmen auch weiterhin in sozialverträglicher Weise und in Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern vereinbart werden.

Das Ziel muss sein, dass keiner der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DB AG durch diese Sanierungsmaßnahmen in die Arbeitslosigkeit entlassen wird.

Nach dem Vorstandsbeschluss der Deutsche Bahn AG über die Zukunft der großen Instandhaltungswerke hat es erhebliche Diskussionen über die Folgen einer möglichen Schließung von acht Werken sowohl unter der betroffenen Belegschaft als auch in den Regionen gegeben. Die Sorgen der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um ihre Arbeitsplätze sind verständlich.

Der Deutsche Bundestag begrüßt daher

– das frühzeitige Engagement des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, beim Bahnvorstand für den Erhalt der Standorte und der Arbeitsplätze,

– die unter Vermittlung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder zwischen dem Bahnvorstand und der Gewerkschaft Transnet am 30. August 2001 erzielte Vereinbarung zur Kapazitätsanpassung bei den Instandhaltungswerken der DB AG.

Diese Vereinbarung sieht u. a. vor, dass für die Werke in Leipzig-Engelsdorf, Neustrelitz und Stendal private Investoren gefunden werden; sie sieht weiterhin vor, dass für die übrigen Werke in Chemnitz, Delitzsch, Nürnberg, Opladen und Zwickau eine nochmalige und umfassende Prüfung vorgenommen wird, die alle wesentlichen Argumente und Zahlen umfassen wird. Diese Prüfung soll bis zum 30. November 2001 abgeschlossen sein.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ferner,

– dass der Vorstand der DB AG die Instandhaltung von Schienenfahrzeugen als Bestandteil des unternehmerischen Kerngeschäfts für die Zukunft garantiert und in eigenen Werken durchführen wird;

– dass der Vorstand der DB AG hiervon nur in Abstimmung mit den Sozialpartnern abweichen wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ihren Einfluss im Rahmen des rechtlich Möglichen geltend zu machen, um möglichst viele Standorte und Arbeitsplätze im Bereich Wartung und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen der Deutsche Bahn AG zu sichern.

Berlin, den 17. Oktober 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333